



Flüchtlinge in Bayern

SEBASTIAN KAHNERT / DPA

Integration

Für Israel, gegen Scharia

Die CDU will Migranten auf deutsche Gesetze und Werte verpflichten.

Auf ihrem Parteitag Mitte Dezember will die CDU die Forderung nach einer Integrationsverpflichtung für Migranten beschließen. Die Idee für eine Vereinbarung zwischen Staat und Migranten stammt von der rheinland-pfälzischen Unionschefin Julia Klöckner. Danach sollen sich Migranten verpflichten, unter anderem die Gleichberechtigung von Mann und Frau und den Vorrang der deutschen Gesetze vor der Scharia anzuerkennen. Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen

und Andersgläubigen dürfe nicht als Ausdruck religiöser Vielfalt akzeptiert werden, heißt es. Außerdem sollen die Einwanderer zusichern, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Bei Verstößen besteht die Möglichkeit, Sozialleistungen zu kürzen oder sogar den Aufenthaltsstatus zu ändern.

Die Sozialdemokraten wollen in der kommenden Woche ein eigenes Integrationskonzept präsentieren, das zusätzliche Milliarden für die Bildung vorsieht. Die Ministe-

rinnen Andrea Nahles, Manuela Schwesig, Barbara Hendricks sowie die Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz wollen das Papier mit der Bezeichnung „Neustart in Deutschland – 12 Punkte für einen Integrationsplan Deutschland“ vorstellen. Darin vorgesehen ist unter anderem eine Aufhebung des Kooperationsverbots, das Finanzhilfen des Bundes im Schul- und Kitabereich untersagt. Der Bund soll zwei Milliarden Euro für die Schaffung von 80 000 zusätzlichen

Kitaplätzen bereitstellen. Außerdem wird vorgeschlagen, dem Bund wieder eigene Kompetenzen für den Bau von Wohnraum zu geben. Die Länder sollen beim Bau von Sozialwohnungen fünf Jahre lang auf die Grunderwerbsteuer verzichten. Ferner will die SPD geduldeten Migranten mit abgeschlossener Ausbildung einen Anspruch auf mindestens ein Jahr Aufenthalt in Deutschland zugestehen, damit sie sich einen Job suchen können. kn, ran

Verteidigung

Der Lack ist ab

Die Bundeswehr kämpft mit neuen Problemen bei einem ihrer prestigeträchtigsten Rüstungsvorhaben, der Fregatte F 125. Experten haben bei Untersuchungen festgestellt, dass der Lack des Kriegsschiffes unterhalb der Wasserlinie be-

reits vor der Inbetriebnahme abgeplatzt ist. Die Schäden sollen so beträchtlich sein, dass sich an mehreren Stellen Muschelbewuchs gebildet hat. Insider aus Marine und Industrie befürchten nun, dass das Schiff noch später fertiggestellt werden kann als erwartet. Bereits in der Vergangenheit kam es zu monatelangen

Verzögerungen, nachdem die Brandschutzbeschichtung erneuert werden musste und Kabel nicht rechtzeitig verlegt wurden. Zuletzt streikte ein Getriebe der Fregatte. In einem internen Papier äußerte das Verteidigungsministerium bereits vor einigen Wochen die Sorge, dass es zu Einschränkungen bei Operatio-

nen der Marine kommen könnte, sollte die Produktion nicht zuverlässig weiterlaufen. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagte, der Hersteller habe „bereits einen Plan zur Schadensbehebung erstellt“, es würden keine weiteren Verzögerungen erwartet. Die Fertigstellung der ersten F 125 ist für 2017 geplant. gor